

Sozialversicherungssysteme stärken

Zeitler: Minijobs endlich reformieren

Berlin, 20. November 2020

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) begrüßt den Antrag, Minijobs ab dem ersten Euro und der ersten Arbeitsstunde sozialversicherungspflichtig zu machen, den Die Linke heute in den Bundestag eingebracht hat. „Beschäftigte mit einem Minijob, das sind überwiegend Frauen, gehören heute schon zu den Verliererinnen der Coronavirus-Pandemie“ hat der NGG-Vorsitzende Guido Zeitler gesagt.

Es sei Zeit, die Minijobs grundlegend zu reformieren. „Die Coronavirus-Pandemie zeigt, wie dringlich das ist. Minijobbende haben weder einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I noch auf Kurzarbeitergeld. Im Gastgewerbe sind es derzeit diejenigen, die als erste aus dem System gefallen und in existenzielle Not geraten sind. Bis heute haben sie keine Unterstützung erhalten. Die NGG fordert die soziale Absicherung dieser Menschen.“

Minijobs und Niedriglöhne seien eine Armutsfalle, heute für Kinderarmut und morgen für Altersarmut. Gerade Alleinerziehende wichen oft auf Minijobs aus, die dann meist nicht zum Leben reichten. „Die Betroffenen müssen aufstockten und zahlen nicht in die Rentenversicherung ein. So führt die prekäre Beschäftigung direkt in die Altersarmut“, warnt Zeitler.